

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungs-Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Mittwoch, den 10 Sept. 1800.

Zweytes Quartal.

Den 23 Fruktidor VIII.

Vollziehungs = Rath.

Beschluß vom 6. Sept.

Nach angehörtem Bericht seines Justizministers über den Rechtsstreit, welchen einige Bürger der Gemeinde Forst, die sich durch eine Berichterstattung des Bürgers Pulfers im Grund, Bannwart, in Betreff verübter Holzfrevel, verläumdete zu seyn glauben, gegen diesen Bannwart angefangen haben;

In Erwägung, daß ein Beamter nur seinen Obern für die Wahrheit der von ihm denselben gemachten Berichterstattungen verantwortlich ist; und daß er wegen seinen amtlichen Berichterstattungen nur in dem einzigen Falle gerichtlich kann belangt werden, wenn der Rekurs gegen ihn gestattet wird,

beschließt:

1. Der Bürger Pulfer, Bannwart im Grund, kann nicht angehalten werden, auf die von dem B. Schabold im Namen einiger Bürger der Gemeinde Forst gegen ihn angefangene Klage, gerichtlich zu antworten.
2. Der Minister der Justiz ist mit der Bekanntmachung dieses gegenwärtigen Beschlusses beauftragt. Folgen die Unterschriften.

Gesetzgebender Rath, 3. Sept.

(Fortsetzung.)

An die Staatsökonomiecommission werden verwiesen:

1. Ein Beschluß-Entwurf über Bestrafung der Holzfrevel.
2. Botschaft vom 30. Jan. 1800, worinn angefragt wird, ob der Staat die Reisekosten der Cantonsstatthalter bezahlen soll.

3. Aufträge an die ehemalige Forstcommission.

4. Erläuterungen der Vollziehung über eine Summe von 1500 Kronen, welche sie den sogenannten Oligarchen von Freiburg geschenkt haben sollte.

5. Botschaft um Verkauf eines Nationalguts zu halten im C. Solothurn.

6. Botschaft über das Eigenthumsrecht der Stadt Bern auf das hier befindliche Rathhaus.

7. Bittschrift Franz Spittlers von Iwan, über die Abkäufligkeit des Weidrechts.

8. Aktenstücke über die Einkünfte und Zölle, bey Anlaß der Jahrmärkte.

9. Petition der Bürgerschaft von Unterseen, in Betreff ihres Brückenzolles.

10. Botschaft und nähere Erläuterung dessen, was unter die Classe von Erbpachten zu rechnen sey, und Memorial der Gemeinde St. Gallen, über eben diesen Gegenstand.

12. Commissionalgutachten über einige Abänderungen an dem Ausscheidungsgeß der Staats- und Gemeindgüter.

12. Botschaften der Vollziehung über die Besoldungen der Angestellten in den Cantlenen.

13. Botschaft und Vorschlag des Volk. Dir. zur Ausdehnung der Stempelgebühr.

An die Vollziehung wird gewiesen:

Vorstellungen einiger Ausgeschossenen aus dem C. Luzern über die dortigen Zölle.

Gesetzgebender Rath, 4. September.

Präsident: Escher.

Das Gutachten der Finanzcommission über Zehnden und Feodalrechte, wird in Berathung genommen, und die weitere Berathung vertaget.

Eine Petition verschiedener Familienväter von Lau-

fanne wird verlesen, die Klagen enthält, daß sie und nicht vielmehr unverschuldete Bürger zum Dienst der 600 Mann, die der Verman für die Transporte der französischen Armee u. s. w., liefern soll, gebraucht werden. Sie wird der Vollziehung überwiesen.

Gesetzgebender Rath, 5. Sept.

Präsident: Escher.

Der Gesetzesbeschluß über die Weidrechte wird in folgender Abfassung angenommen:

Der gesetzgebende Rath

In Erwägung, daß das Gesetz vom 4. April 1800 über die Abkäufligkeit des Weidrechts, anstatt auf die so mannigfaltigen örtlichen Umstände der verschiedenen Gegenden Helvetiens hinlänglich Rücksicht zu nehmen, der Natur der Sache zuwider, eine allgemeine Vorschrift enthält, die ungeachtet ihrer Wohlthätigkeit, in einigen Theilen der Republik, in vielen andern von nachtheiligen Folgen ist, indem besonders der ärmere Theil der Bürger durch diese unbedingte Aufhebungsart der Weidrechte außer Stand gesetzt wird, sein Vieh weiter fort zu erhalten;

In Erwägung, daß diese nöthigen Rücksichten auf die so mannigfaltigen Verhältnisse, am besten durch Zurathziehung der Ortsautoritäten geprüft und gewürdigt werden können — hat beschlossen:

1. Da, wo vermöge der örtlichen Beschaffenheit einer Gegend oder des örtlichen Zustands der Landwirthschaft in derselben, die durch das Gesetz vom 4ten April 1800 vorgeschriebene Loskaufungsart des Weidrechts von allgemeinen Nachtheil ist, oder dadurch die häuslichen Umstände der bisherigen Weidrechtsbesitzer zerrüttet werden, können Ausnahmen von diesem Gesetz statt haben.
2. Wer sich in diesem Falle zu befinden glaubt, wendet sich schriftlich an die Verwaltungskammer seines Cantons. Diese fordert von der Gegenpartei ihr Begehren mit ihren Gründen ebenfalls schriftlich ab, und sucht einen gütlichen oder scheidrichterlichen Vergleich zu bewirken.
3. Wenn keine Art von Vergleich zu erhalten ist, so sendet die Verwaltungskammer alle auf die Sache sich beziehenden Schriften mit ihrem eignen Gutachten darüber inner Monatsfrist, an den Vollz. Rath ein.
4. Der Vollz. Rath ist berechtigt, da, wo nichts erhebliches gegen die Loskauflichkeit selbst eingewendet wird, die Loskaufsumme in liegenden Gü-

tern (seyen es Privat- oder Gemeindgüter) zu bestimmen, da wo die Weidrechtbenutzer wegen Mangel an Land außer Stand wären, ihren bisherigen Viehstand, beym Verlust jenes Weidrechts bezubehalten.

5. Sollte der Vollz. Rath aber finden, daß irgendwo das Weidrecht selbst, die zweckmäßigste Benutzungsart des Landes sey, und daß es daher bis zum Eintreten anderer Umstände, nicht solle abgekauft werden können, so behält sich der gesetzgebende Rath in diesem Fall das Recht vor, die nöthige Ausnahme vom Gesetz vom 4ten April 1800 zu machen.

6. Diejenigen Verträge, welche als Folge des Gesetzes vom 4. April lezthin, über die Loskauflichkeit des Weidrechts, wirklich zu Stande gekommen sind, sollen unabänderlich ihr Verbleiben und Gültigkeit haben.

7. Dieses Gesetz soll durch den Druck bekannt gemacht, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Nachfolgendes Befinden des Vollz. Rathes wird verlesen, und an die Constitutionscommission verwiesen:

B. G. ! Der Vollz. Rath wünschte ihren Gesetzesvorschlag vom 1. Sept., worinn die Art und Weise bestimmt werden sollte, wie die in den beyden Räten ledig werdende Stellen wieder zu besetzen seyen, so umständlich und mit der reifen Ueberlegung prüfen zu können, welche die Berathung eines Gegenstandes von solcher Wichtigkeit erfordert. Allein die Dringlichkeitserklärung ließ dieses nicht zu, und er kann Ihnen deswegen nur folgende in der Eile entworfene Ideen vorlegen:

In Ihrem Vorschlage B. G. ! soll dasjenige erklärt, näher bestimmt und ganz berichtigt werden, was das Gesetz vom 8. August zweifelhaft ließ, und nicht genau bestimmte; er soll dasjenige hinzuthun, was in demselben ausgelassen worden ist, kurz ein organisches Reglement unserer provisorischen Constitutionsurkunde soll dadurch festgesetzt werden. Der Vollz. Rath glaubt, daß sowohl die Pflicht der Gesetzgeber als hauptsächlich das höchste Interesse für die öffentliche Sache nothwendig erheischen, daß jene organischen Artikel auf den Geist und die Verordnung des Gesetzes vom 8ten August gegründet werden, das unter den Trümmern des Schiffbruches das einzige Rettungsmittel ist, welches uns übrig blieb, und an das wir uns mit allen Kräften halten müssen.

Der 2te Art. des Vorschlags will, daß die Wiederbesetzung für beyde Räthe durch freye Wahl aus allen helvetischen Bürgern geschehe; und der erste Art. des Gesetzes vom 8. Aug. verordnet: daß die abgehenden Glieder des Vollz. Rathes aus der Gesetzgebung ersetzt werden sollen. Diese Anordnung, B. G.! sollte als ganz zuträglich und heissam betrachtet, nothwendig beygehalten werden. Durch dieselbe würden Sie den Anschein von Neuerungen vermeiden; durch sie würden sie den Grundsatz vorläufig aufstellen, daß man nur stufenweis zu den öffentlichen Stellen gelangen könne, und daß für die schwierigsten unter ihnen, ein gewisser Grad von Erfahrung und sichere Beweise von höhern Fähigkeiten erfordert werden. Jener Grundsatz würde die Zuversicht gewähren, daß nur solche Männer zum Vollz. Rath berufen würden, die schon gänzlich mit den Geschäften vertraut wären, und — eingedrungen in den Geist der Gesetzgebung, diesen nämlichen Geist zur Regierung brächten.

Der Vollz. Rath glaubt, daß dem 1sten und 2ten Art. des Gesetzesvorschlags, wenn er bloß die Ernennung für die ledigen Stellen im gesetzgebenden Corps bestimmt, nichts beizufügen sey, als daß etwa die Ernennung durch geheimes Stimmenmehr und durch absolute Mehrheit geschehen sollte. Allein in Ansehung der Zeit, innerhalb welcher jede Ernennung vorzunehmen sey, scheint ihm nothwendig beizufügen, daß im Falle Erledigungen im Gesetzgebungs- und Vollziehungsrath zugleich eintreten, man vor allem zur Ergänzung der Ersten schreiten müsse. Dadurch würde die Zahl der 43 Mitglieder, aus welchen zufolge des Gesetzes vom 8. August der gesetzgebende Rath bestehen soll, am sichersten stets vollständig erhalten werden.

Betreff des 3ten Artikels bemerkt Ihnen der Vollz. Rath, daß es vielleicht zur Erhaltung der größten Gewährleistung für die Güte der Wahlen in das gesetzg. Corps wesentlich und rathsam sey, wenn bey jeder Erledigung in diesem Corps, auch der Vollz. Rath eingeladen würde, Ihnen eine Liste von Männern zu übersenden, die er Ihres Zutrauens besonders würdig glaubt, ohne daß er jedoch sonst einigen Antheil an der Ernennung selbst behaupten sollte.

Folgende Botschaft des Vollz. Rath wird verlesen:

B. G.! Unter die Hilfsmittel, welche die unglücklichen Bewohner des unlängst abgebrannten Dorfes Desch zur Wiederaufbauung ihrer Häuser erwarten, gehört vorzüglich die Wohlthat von der Verbindlichkeit, die Einregistriungsgebühren bey dem etwaigen Tau-

sche eines Hausplatzes zu entrichten, befreyt zu werden. Dadurch würde man zugleich den Bewohnern die Erleichterung verschaffen, mehr Ordnung und Regelmäßigkeit in die Erbauung ihrer Häuser bringen zu können. — Der Vollz. Rath ladet Sie demnach ein, B. G.! in Rücksicht des schweren Unglücks, das diese Einwohner getroffen, zu decretiren, daß sie von den Einregistriungsgebühren in gedachtem Falle freygesprochen seyn sollen.

Dem Begehren wird entsprochen; wir werden die Abfassung des Gesetzes liefern.

Die Discussion über das Gutachten der Finanzcommission, die Zehnden, Bodenzinse und Feodallabgaben betreffend, wird fortgesetzt.

Die Rücknahme des Gesetzes vom 10. Nov. 1798, über Abschaffung aller Feodallasten und Loskauf der Zehnden und Grundzinse, wird als Grundsatz anerkannt, und der Gegenstand zur weiteren Bearbeitung der Finanzcommission zurückgewiesen.

Am 6. und 7. Sept. waren keine Sitzungen.

Gesetzgebender Rath, 8. Sept.

Präsident: Escher.

Eine Zuschrift des Cantonogerichts Oberland beglückt, wünscht den Rath über die Ereignisse des 7. August, und macht Bemerkungen über die Bedürfnisse einer bessern Organisation der richterlichen Gewalten und allgemeiner Gesetzbücher, und über die Nothwendigkeit der Herstellung der Zehnden und Bodenzinse, unter Beybehaltung des Grundsatzes der Loskauflichkeit. Die Verweisung an die Finanzcommission wird beschlossen.

Die Const. Commission legt folgenden Bericht vor:

B. G. Eure Constitutions-Commission hat das ihr zugewiesene Befinden des Vollz. Rathes über euren Gesetzesvorschlag, die Wiederernennung zu ledig gewordenen Stellen im Gesetzgebungs-, sowohl als Vollz. Rath betreffend, untersucht; sie hat aber nicht gefunden, daß Ihr durch jenes zu wesentlichen Abänderungen in diesem bewogen werden dürft.

Ihr wolltet durchaus nicht ein organisches Wahlgesetz für die Ernennung zu den ersten Regierungsstellen entwerfen, das auf eine Menge möglicher Verhältnisse und Fälle und gegen allerley mögliche Mißbräuche, die im Laufe vieler Jahre erfolgen könnten, berechnet wäre: eingedenk vielmehr eures provisorischen Daseyns, das durch eure Arbeiten euch abzukürzen und nicht zu verlängern obliegt, wolltet Ihr eine einfache Norm

für die Wiederbesetzung einiger schon vorhandener und ähnlicher vacanter Stellen, die sich in der Folge ergeben können, aufstellen, und einige Bestimmungen treffen, die das Gesetz vom 8. August zu erfordern schien.

Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, findet eure Commission euren Gesetzesvorschlag keineswegs unvollständig, sondern gerade so viel enthaltend, als er enthalten soll. — Es ist nicht der Fall, daß durch das Gesetz vom 8. Aug. vorgeschrieben würde, daß ledig gewordne Vollz. Stellen aus dem gesetzgebenden Rathe allein ersetzt werden dürfen; eure entgegengesetzte Entscheidung ließe sich viel eher aus jenem Gesetze deduciren; Ihr habt durch dasselbe die Rechte der ehemaligen gesetzgeb. Räte und somit auch jenes, die Mitglieder in die Vollz. Gewalt ausser eurem Mittel oder inner demselben zu wählen, erhalten. Es ist in eurer letzten Sitzung die Bemerkung gemacht worden, es dürfte durch Uebertragung der konstitutionellen Rechte des Direktoriums an den Vollz. Rath auch entschieden seyn, daß austretende Vollz. Räte von Rechtswegen in den gesetzgebenden Rath eintreten; allein diese Bemerkung beruht auf durchaus irriger Auslegung; wann die Constitution austretende Direktoren in den Senat von Rechtswegen treten ließ, so wollte sie offenbar nur von solchen sprechen, die nach vollendeter Amtszeit in Folge constitutioneller Vorschriften selbst austreten; solche Vollz. Räte aber können wir keine haben.

Eine letzte Einwendung des Vollz. Rathes betrifft die von euch beschlossene Vorschlagsliste: der Vollz. Rath wünscht auch selbst Antheil an diesen Vorschlägen, in so fern sie Stellen in den gesetzgebenden Rath betreffen, nehmen zu können. Eure Commission findet kein Bedenken dieses zuzugeben; es ist in der That der Fall, daß die Glieder des Vollz. Rathes durch ihre Amtsverhältnisse besser als jene der Gesetzgebung, zur Kenntniß vorzüglicher Männer in ganz Helvetien gelangen können. Eure Commission schlägt euch vor, den Gesetzesvorschlag mit folgender Abänderung des 3ten Art. zum Gesetz zu erheben:

Art. 3. Jedes Mitglied des gesetzgebenden Rathes kann sogleich nach der Erledigung diejenigen Bürger, die es für die zu besetzende Stelle vorschlagen will, beim Secretariat einschreiben lassen: bey zu besetzenden Stellen in dem gesetzgebenden Rath, wird davon dem Vollz. Rathe Anzeige gethan, und jedes seiner Mitglieder ist berechtigt, ähnliche Vorschläge einzusenden.

Der Antrag der Commission wird angenommen, und

vermöge des Gesetzes soll von den 3 ledigen Stellen im gesetzgeb. Rath dem Vollz. Rath Anzeige gemacht und in 10 Tagen die Wahlen vorgenommen werden.

(Die Fortsetzung folgt.)

Kleine Schriften.

Allgemeine Geschichte der berühmtesten Königreiche und Freystaaten in und ausserhalb Europa. — Dritte Abtheilung. — Die Schweiz. Erstes Bändchen. Mit Kupfern. 12. Leipzig in der P. V. Wolfischen Buchhandlung 1800. S. 430.

Die frühern zwey Abtheilungen dieser sehr schätzbaren Sammlung, enthalten die Geschichte Englands und jene der amerikanischen Freystaaten. Die Geschichte der Schweiz, die den Gegenstand der 3ten Abtheilung ausmacht, ist nach den besten Quellen, einfach und prunklos, aber unterrichtend und anziehend erzählt: das erste Bändchen geht bis zu Anfang des 14ten Jahrhunderts. Die Kupfer, deren jedes Bändchen sechs hat, sind von Mettenleiter gezeichnet und gestochen, und von vorzüglichem Werth: die Gegenstände der Kupfer des vorliegenden Bändchens sind: 1) Divico behauptet die Ehre seiner Nation. 2) Julia Alpinula sucht ihrem Vater das Leben zu retten. 3) Der Bischof Salomon bittet bey König Arnulf für seine Freunde. 4) Rudolf von Rapper, schwyl kommt aus fernen Landen zurück und verbietet seinem Burgverwalter etwas gegen die Gräfin zu sagen. 5) Die Berner entledigen sich der Schirmvogten des Grafen Peter. 6) Die Weiber vertheidigen Zürich.

P u b l i k a t i o n.

Von dem Direktor des Militärhospitals zu Vizenza, ist dem Bürger Kriegsminister der Todtenschein eines gewissen Walter Jacob, von Markgraf, aus der Schweiz, Gemeiner in der 2ten Schweizer Legion in Italien, ledig, 42 Jahre alt, katholischer Religion, der den 3ten November 1799 zu Vizenza am Fieber verstorben ist, zugesandt worden. Dieser Todtenschein ist bereits an mehrere Bürger Reg. Statthalter gesandt worden, ohne daß die Familie des Verstorbenen hat ausfindig gemacht werden können; es wird nun dieses öffentlich bekannt gemacht, damit diejenigen, welche es betreffen mag, den Todtenschein in dem Bureau des Kriegsministers erheben können.

Geben in Bern d. 6ten September 1800.